



Amtsblatt des Saarlandes

Herausgegeben vom Chef der Staatskanzlei

1988	Ausgegeben zu Saarbrücken, 10. März 1988	Nr. 11
------	--	--------

Inhalt

II. Beschlüsse und Bekanntmachungen	Seite
Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) GLB 4 02 02 „Die Seifenwies“ in der Gemeinde Illingen, Gemarkung Hüttigweiler. Vom 12. Februar 1988	185
Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) GLB 4 02 01 „Braunseggensumpf, Hinter dem Seifenwald“ in der Gemeinde Illingen, Gemarkung Hüttigweiler. Vom 12. Februar 1988	188
Bekanntmachung über die Neuerscheinung und Neuausgabe amtlicher Karten. Vom 31. Dezember 1987 .	191
Veröffentlichung des Ministers der Finanzen über die Einnahmen des Saarlandes an Steuern und Abgaben im Monat Januar 1988	192
III. Amtliche Bekanntmachungen	

II. Beschlüsse und Bekanntmachungen

37 **Verordnung**
über den geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) GLB 4
02 02 „Die Seifenwies“ in der Gemeinde Illingen, Gemarkung Hüttigweiler

Vom 12. Februar 1988

Auf Grund des § 21 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz — SNG) vom 31. Januar 1979 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 147), geändert durch das Gesetz Nr. 1212 vom 8. April 1987 (Amtsblatt des Saarlandes S. 569), wird mit Zustimmung des Ministers für Umwelt — Oberste Naturschutzbehörde — durch den Landrat in Neunkirchen — Untere Naturschutzbehörde — verordnet:

§ 1

Erklärung zum Schutzgegenstand

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche wird zum geschützten Landschaftsbestandteil erklärt. Er trägt die Bezeichnung „Die Seifenwies“.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Der geschützte Landschaftsbestandteil liegt auf dem Gebiet der Gemeinde Illingen, Gemarkung Hüttigweiler, Flur 1, und umfaßt ca. zwei Drittel (= nördlicher Teil) der Parzelle 106/89 und im Ganzen die Parzelle 243/143. Der GLB wird im Norden, sowie teilweise im Westen und Osten von dem Landschaftsschutzgebiet (LSG) LS 4 02 05 begrenzt. Die zu schützende Fläche ist in der als Anlage 1 zu dieser Verordnung beigefügten Flurkarte M 1 : 1 000 mit roter Randsignatur dargestellt und hat eine Größe von ca. 1,8 ha. Außerdem ist der GLB in einer Übersichtskarte M 1 : 5 000 (Anlage 2) eingezeichnet.

(2) Der geschützte Landschaftsbestandteil wird durch Aufstellen bzw. Anbringen des amtlichen Schildes „Geschützter Landschaftsbestandteil“ an Ort und Stelle gekennzeichnet.

(3) Die Verordnung mit der Karte wird beim Landrat in Neunkirchen — Untere Naturschutzbehörde — und dem Minister für Umwelt — Oberste Naturschutzbehörde — archivartig verwahrt und kann während der Dienststunden bei den genannten Behörden von jedermann eingesehen werden.

§ 3

Schutzzweck

(1) Schutzzweck ist die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung eines interessanten und wichtigen Feuchtbiotops mit hervorragend ausgeprägtem Hochstaudenried. Durch seine Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten erfüllt der Lebensraum eine wichtige Funktion im ökologischen Gefüge dieser Landschaft.

§ 4

Verbote

- (1) Es ist verboten, an dem geschützten Landschaftsbestandteil Maßnahmen oder Handlungen durchzuführen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder nachhaltigen Störung desselben führen können.
- (2) Im Bereich des geschützten Landschaftsbestandteiles ist insbesondere verboten:
1. Bauliche Anlagen zu errichten, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
 2. Das Betreten oder Befahren jeder Art außerhalb der Wege;
 3. Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen, den Boden zu verdichten, oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen;
 4. Das Ein- oder Ableiten von Oberflächen- oder Grundwasser einschließlich Drainage;
 5. Zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lagern, Feuer anzumachen, Wagen und Krafträder zu parken, Abfälle wegzuerwerfen;
 6. Die Verwendung von Düngemitteln, Herbiziden, Insektiziden, Fungiziden oder anderen chemischen Mitteln sowie das Einbringen von Klärschlamm;
 7. Brach- und Grünlandflächen umzubrechen;
 8. Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden oder abzureißen;
 9. Nicht jagdbaren wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
 10. Pflanzen und Tiere einzubringen;
 11. Das Weiden von Vieh;
 12. Aufforstungen oder Anpflanzungen vorzunehmen;
 13. Das Abbrennen von Hecken und anderen Pflanzenbeständen;
 14. Das Mähen der Fläche.

§ 5

Anzeigepflicht

(1) Änderungen der Eigentums-, Besitz- oder Nutzungsverhältnisse, sowie Änderungen der Parzellen, auf denen der geschützte Landschaftsbestandteil liegt, als auch der Nachbarparzellen, sind der Unteren Naturschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen.

§ 6

Zulässige Handlungen

(1) Zulässige Handlungen unter Beachtung des § 4 Abs. 1 dieser Verordnung sind:

1. Pflegemaßnahmen, die von der Unteren Naturschutzbehörde angeordnet werden;
2. behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen.

(2) § 4 Abs. 2 gilt nicht:

1. für die bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung der Grundstücke, Gewässer und Wege sowie der rechtmäßig bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft; erforderliche Arbeiten sind mit Rücksicht auf die Brut- und Laichzeit nicht in der Zeit vom 15. Februar bis 30. September durchzuführen.

§ 7

Schutz- und Pflegemaßnahmen

(1) Schutz- und Pflegemaßnahmen werden durch Einzelanordnung der Unteren Naturschutzbehörde festgelegt.

§ 8

Befreiung

(1) Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 34 Abs. 2 SNG Befreiung erteilt werden.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 38 Abs. 1, Nr. 9 SNG handelt, wer auf der Fläche des geschützten Landschaftsbestandteiles vorsätzlich oder fahrlässig eine der in § 4 dieser Verordnung verbotenen Handlungen vornimmt, es sei denn, es handelt sich um eine zulässige Handlung nach § 6 oder es ist eine Befreiung nach § 8 erteilt.

§ 10

Beseitigung von Beeinträchtigungen

(1) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen sind auf Anordnung der Unteren Naturschutzbehörde zu beseitigen, sofern diese Beseitigung zumutbar ist.

§ 11

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach Ihrer Verkündung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Ottweiler, den 12. Februar 1988

Der Landrat

— Untere Naturschutzbehörde —

Dr. Hinsberger

